



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21631 - 33

Fernschreiber 0846 690

P/XII/282 - 10. Dezember 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Ein Veteran der deutschen Sozialdemokratie	S. 1
Hat Italien Triest vergessen?	S. 4
Zur Ewan-Besuch	S. 6
Schleswig-Holstein als "Ausweichgebiet" für A-Waffen?	S. 7

Wilhelm Keil - 70 Jahre Sozialdemokrat

Von Erwin Schoettle, MdB
Vorsitzender der SPD in Baden-Württemberg

Die Sozialdemokraten im Lande Baden-Württemberg feiern am 14. Dezember mit ihrem Nestor, dem Genossen Wilhelm Keil, ein seltenes Jubiläum: Nämlich den Tag, an dem der jetzt ins 88. Lebensjahr gehende Mitglied der Sozialdemokratischen Partei wurde.

Es war am 8. Dezember 1887 in Kassel, Das Sozialistengesetz hatte die junge Partei unterdrückt. Parteiorganisationen waren verboten. Überall freilich entstandener Ersatzvereine: Wahlvereine, Fachgruppen von Handwerksgesellen und dergleichen, "Tarnorganisationen" nach dem heutigen Sprachgebrauch. So auch an jenem Tag vor 70 Jahren in Kassel. Einige Drechslergesellen gründeten damals einen Fachverein und zu den Gründern gehörte Wilhelm Keil, dessen Lebensweg von nun an unzertrennbar mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratischen Partei verbunden sein sollte.

Wir Jüngeren kennen Wilhelm Keil, so wie er auf dem Höhepunkt seines politischen Schaffens, als Abgeordneter des Reichstags der Weimarer Republik und als Mitglied des württembergischen Landtags vor uns stand - oder als den schon Hochbetagten, der nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs noch einmal in die politische Arbeit einstieg und bis vor ein paar Jahren - ein wahrer Patriarch der parlamentarischen Demokratie - seines Amtes als Präsident des württemberg-badischen Landtags wahrte. Da stand der vom Politiker zum Staatsmann geraufte Mann vor uns, dessen Urteil wir schätzten, wenn es in präziser Rede oder in ebenso geschliffenen wie bündigen Artikeln geäußert wurde. Übrigens: Wilhelm Keil schreibt auch heute noch seine Aufsätze mit der Feder und in einer Handschrift, deren sich auch Jüngere nicht zu schämen brauchen.

Der Mann, der an seinem Lebensabend auf ein reiches, erfülltes politisches Schaffen zurückblicken darf, repräsentiert in einer besonders typischen Art die deutsche Sozialdemokratie und ihre Stellung in der jüngeren deutschen Geschichte. Arbeiter, Facharbeiter und Handwerksgehilfen, kleine Handwerksmeister waren die Träger sozialistischer Gedanken. In ihren Zirkeln bildete sich die Idee des organisatorischen Zusammenschlusses. Sie wurden - als wandernde Gesellen vielerorts - die Sendboten der aufstrebenden Arbeiterbewegung ihre ersten Apostel. So auch Wilhelm Keil. Von Kassel trieb es den jungen Drechslergesellen fort, auf die Wanderschaft, die ihn über verschiedene Etappen - auch ein kurzer Aufenthalt in London war darunter - nach Mannheim führte. Die Stadt war schon damals im Keim die industrielle Metropole des nordbadischen Raums und deshalb auch der Sitz einer sozialdemokratischen Bewegung, die unter verhältnismässig freien Bedingungen sich hatte entwickeln können. Keil fand rasch Anschluss und stand bald mitten in der politischen Arbeit. Es waren, wie er in seiner Autobiographie (Erlebnisse eines Sozialdemokraten, erschienen 1949 - 51) es selbst bekennt, seine politischen Lehrjahre. Auch Lehrgeld in der damals für aktive Sozialdemokraten geläufigen Münze, Entlassung und schwarze Liste, blieb ihm nicht erspart. Seine vielseitige Tätigkeit als Organisator, als Wanderredner und als eifriger Mitarbeiter an gewerkschaftlichen und politischen Publikationen - das Sozialistengesetz war inzwischen gefallen - zog bald die Aufmerksamkeit höherer Parteistellen auf den Mann, der durch unermüdliche Arbeit an sich selbst schon damals ein solides Wissen erworben haben muss. Auch dies ist typisch für zahllose sozialdemokratische "Funktionäre" jener und späterer Zeiten: Autodidaktisches Ringen und Wissen und Erkenntnis, aus dem schliesslich die abgerundete, auf sicherem Fundament ruhende Persönlichkeit erwächst, der politische Mensch par excellence.

Im jüngst verfloessenen Wahlkampf konnte sich ein aktiver Bundesminister den Ausspruch abschwitzen, dass "eine Partei, die auf dem Baudenzettel eines massenhaften Funktionärstums beruhe, zu einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik unfähig sei". Das ging auf die Sozialdemokratie. Und es zeugte von einer so profunden Ignoranz des Herrn Ministers, dass es schon einem Amnutenzeugnis gleichkam. Wilhelm Keil - und mit ihm auf allen Ebenen der politischen Partei zehntausende sozialdemokratischer Streiter - sind die lebendige Widerlegung solcher Torheit.

Der Landesvorstand der württembergischen Sozialdemokraten holte 1896 den 26-jährigen nach Stuttgart in die Redaktion des Landesorgans der Partei, der "Schwäbischen Tagwacht", deren Chefredakteur er nicht lange darauf werden sollte. Die Geschichte dieses Blattes, das 1933 wie alle anderen Organe der Partei den Nazis zum Opfer fiel, ist mit dem Namen Keil aufs engste verbunden. Als Parlamentsberichterstatte sammelte Wilhelm Keil nicht nur journalistische, sondern auch erste parlamentarische Erfahrungen. Die eigentliche parlamentarische Laufbahn begann aber 1900, als er bei der Landtagswahl den Wahlkreis Ludwigsburg eroberte. 1910, bei einer Nachwahl, kam das Reichstagsmandat dazu. Der Parlamentarier Keil ist sowohl im Landtag wie im Reichstag hauptsächlich als Finanz-, Steuer- und Haushaltsfachmann in Erscheinung getreten. Er war aber stets weit davon entfernt, einseitiger Spezialist zu sein. Temperament und angeborene politische Natur führten

ihn zur vielseitigen Auseinandersetzung mit allen Fragen der Politik.

Der Kampf um die Beendigung des ersten Weltkrieges sah ihn ebenso in der vordersten Front, wie die scharfen innerparteilichen Auseinandersetzungen, die der Spaltung der Sozialdemokratie voraufgingen. Gerade in Württemberg und in Stuttgart waren diese Kämpfe besonders heftig. Wilhelm Keil stand mitten darin, in der Abwehr des Radikalismus sich mehr und mehr zum führenden Kopf der württembergischen Sozialdemokratie entwickelnd.

Die Etappen nach 1918: Präsident der verfassunggebenden Landesversammlung, Mitglied der Nationalversammlung, Reichstagsabgeordneter bis 1932, Landtagsabgeordneter bis 1933 und dann: Die grosse 12-jährige Pause des Dritten Reichs, in die auch schwere persönliche Schicksalsschläge für Wilhelm Keil fielen. Es war eine Unterbrechung der nach aussen gerichteten politischen Arbeit. Wie wenig es eine wirkliche Pause war, beweist neben dem zweitändigen Erinnerungswerk, in dem er die Früchte seiner Arbeit summierte und eine Fülle geschichtlicher Ereignisse aus der Perspektive des Mithandelnden und Miterlebenden beleuchtete, die Frische, mit der der 75-jährige 1945 in die politische Arena stieg.

In Wilhelm Keil verkörpert sich das Beste in der deutschen Sozialdemokratie: Unablässige Auseinandersetzung mit den Aufgaben der Zeit, Eingabe an das Gemeinwohl und unverwundliche Lebenskraft.

+ + +

Wie soll der Staat aussehen ?

Der zweite Weltkrieg hat uns mit der Aussicht auf einen dritten, ein zerrissenes Deutschland und eine zerrissene Welt hinterlassen. Zwei Irrtümer stehen gegeneinander. Der eine nimmt an, dass ein Staat, der nach "proletarischen" oder "marxistischen" Doktrinen regiert wird, imstande ist, alle wirtschaftlichen Dinge von Eisenwalzwerk bis zur Barbierstube aus eigener Weisheit zu regeln. Der andere meint, man müsste den Staat soweit wie möglich von der Wirtschaft fernhalten, um auf diese Weise ihre "Freiheit" zu sichern. Dieser liberale Utopismus übersieht, dass mit der Demokratisierung des Staates sein immer tieferes Eindringen in die Wirtschaft unvermeidlich verbunden ist - ein Prozess, der sich in allen demokratischen Ländern mit oder ohne sozialistische Vorzeichen unaufhaltsam vollzieht. Wo die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, wenden sich alle Volksteile, Klassen, Berufsgruppen mit ihren Wünschen und Nöten an den Staat. Sie fordern seine Hilfe und geben mit den Mitteln der Demokratie ihren Forderungen Nachdruck. Die Frage ist also nicht, ob sich der Staat in die Wirtschaft einmischen soll - die ist längst entschieden - sondern wie der Staat aussehen soll, der es tut, und wie er es tun soll. Da ist die Unabhängigkeit des Staates und seiner Parteien von Interessenvertretungen die erste Voraussetzung. Sonst besteht die Gefahr, dass an die Stelle des Volkswillens der Wille einer gewissen Wirtschaftsmacht, an die Stelle der Demokratie eine Plutokratie tritt, die den Keim des Untergangs in sich trägt.

Aus: "Erfahrungen und Erkenntnisse" von Friedrich Stampfer

+ + +

- 4 -

Triest - das Sorgenkind Italiens

P.E. Rom - Anfang Dezember

Vom Kriegsende bis zum Herbst des Jahres 1954 war jede, an sich noch so belanglose Meldung aus Triest für die italienische Presse Gegenstand grosser Aufmachung und eifervoller Kommentare. Als aber in diesen Tagen ein Streik der Metallarbeiter des Landes Triests für etliche Stunden lahmlegte und die Polizei mit Tränengas gegen die demonstrierenden Menschenmassen vorging, war über dieses Ereignis in den Zeitungen der grossen italienischen Städte so gut wie nichts zu lesen.

Man gewinnt daher den Eindruck, als habe die italienische Öffentlichkeit mit dem Augenblick, an dem die Bersagliere wieder in Triest einzogen und von der Bevölkerung überschwänglich begrüßt wurden, jedes Interesse für die Geschehnisse dort verloren. In Triest selbst hat man jedenfalls das Gefühl, nicht genügend beachtet zu werden und man kann dort vielfach den Satz hören, die Wiedervereinigung mit Italien habe der Stadt nichts weiter gebracht als eine fühlbare Verteuerung der Zigaretten, erhöhte Steuern und die allgemeine Wehrpflicht. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen in der Bevölkerung ein immer deutlicher zutage tretendes Unbehagen verbreitet ist.

Triest mit seinen rund 300 000 Einwohnern zählt 27 000 Kraftfahrzeuge, was dafür sprechen würde, dass es dort noch immer eine relativ breite Schicht von wohlhabenden Leuten gibt. Aber man darf nicht vergessen, dass diese Stadt noch zu Beginn des Jahrhunderts, als sie den einzigen Handelshafen Österreichs darstellte, zu den reichsten Städten Europas zählte, und dass die Triester Bankinstitute damals mit dem für jene Zeit fabelhaften Kapital von zwei Milliarden Goldkronen operieren konnten. Das Triest von heute aber weist eine bestürzend hohe Arbeitslosenziffer auf: Rund 18% der werktätigen Bevölkerung sind auf ständiger, nahezu aussichtsloser Suche nach Beschäftigung.

Die Gründe für den wirtschaftlichen Niedergang der Stadt sind

vielfältig. Da ist vor allem die neue Grenzziehung, die das gesamte traditionelle Hinterland Triests an Jugoslawien fallen liess, womit dem Handel der Stadt ein Einzugsgebiet mit etwa 700 000 Einwohnern praktisch verloren gegangen ist. Das Gemüse, das heute auf den Märkten von Triest erscheint, kommt nicht, wie all die Jahrzehnte und Jahrhunderte vorher, aus den Gärten der slowenischen Karsthauern, sondern es muss aus dem relativ fernen Venedig herangebracht werden.

Wird der lokale Kaufmannsstand durch die neue politisch-geographische Situation schwer betroffen, so leidet der Hafen von Triest unter der immer fühlbarer werdenden Konkurrenz des benachbarten jugoslawischen Rijeka (früher Fiume), das sein Umschlagvolumen sprunghaft steigert und in diesem Jahr bereits 1 Million Tonnen erreichen dürfte (gegen die rund 3 000 000 Tonnen Triests). Die Ostblockstaaten geben aus Gründen der politischen Solidarität Rijeka meist den Vorzug vor Triest, obwohl seine Hafenanlagen auch heute noch bei weitem nicht so gut ausgebaut und technisch eingerichtet sind wie die triestinischen. Aber die Konkurrenz, die Rijeka infolge der billigen Arbeitslöhne in der "Volksdemokratie" betreiben kann, verlockt auch manchen Importeur und Exporteur aus nicht-kommunistischen mitteleuropäischen Ländern, den jugoslawischen Hafen vor dem italienischen zu bevorzugen.

"Italien hört bei Mestre auf", pflegt man in Triest zu sagen, und wirklich verbindet nur eine eingleisige Bahnstrecke und ein wenig leistungsfähiges Strassennetz Triest mit Venedig und der Po-Ebene. Dass diese Bahnstrecke in diesen Tagen endlich elektrifiziert worden ist, bedeutet nur einen recht bescheidenen Beitrag der italienischen Staatsverwaltung zu den Erfordernissen jener Stadt, um derentwillen Italien seinerzeit in den ersten Weltkrieg gezogen ist, und von dem man heute in Rom so wenig wie nur möglich wissen möchte, weil sie sich als ewiges Sorgenkind entpuppt hat.

Unbequemer Mahner

ler- Viele prominente Politiker und Staatsmänner des Auslandes haben als Gast vor dem Forum der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik gesprochen. Zum ersten Male sah sich jedoch der Gastgeber genötigt, Einlasskarten zu verteilen, um den zu erwartenden Andrang in Grenzen zu halten. Der Gast, der diesmal vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik sprechen wird, heisst Aneurin Bevan, ein Name, dessen Klang in allen fünf Kontinenten zu vernehmen ist. Dieser Sohn eines walliser Bergarbeiters ist einer der grossen, oft unbequemen Mahner unserer Zeit, begabt mit einem fast seherischen Blick in die Zukunft; sein erstaunlicher Aufstieg vom Arbeiterkind zu einer die britische Politik beherrschenden Gestalt fasziniert die Zeitgenossen. Viele vergleichen ihn mit Winston Churchill, mit dem er in der Tat viel gemeinsam hat: Eine überquellende, die Zuhörer mitreissende Rednergabe, ein überschäumendes, sich oft selbst nicht im Zaume haltendes Temperament, eine vom Gefühl und Verstand gleichermassen geprägte politische Leidenschaft und einer moralischen und politischen Mut, der sie oft gegen den Strom schwimmen liess. Falls die Labour-Party in den Wahlen, für für 1959 oder 1960 zu erwarten sind, die Mehrheit erringen sollte, wird Bevan eher als Aussenminister in die Downing-Street einziehen. Seine Popularität ist im Steigen.

Zum ersten Mal betritt Bevan als Gast deutscher Institutionen und seiner deutschen Partei bundesrepublikanischen Boden. Viele Reisen haben diesen britischen Politiker mit den Problemen der Weltpolitik und mit den Sorgen der Völker bekannt gemacht. Sein Asienbild formte er durch Gespräche mit den neuen Herrschern von Peking und mit anderen asiatischen Staatsmännern; mehrmalige Russlandreisen brachten ihn in Berührung mit den Mächtigen im Kreml; ein sechswöchentlicher Aufenthalt in den Vereinigten Staaten liess ihn aus unmittelbarer Anschauung die Grösse der Krise erkennen, in die dieses mächtige Land der Weltdemokratie durch die letzten politischen und technischen Erfolge der Sowjetunion geraten ist. Seinem forschenden, sich an der Wirklichkeit orientierenden Geist blieb das Dilemma, in das die ganze Menschheit durch die militärische Blockpolitik geraten ist, nicht verborgen; seine Kritik verschont weder den Westen noch den Osten. Er kennt die Schwächen des Ostens, aber auch die Fehler des Westens. Er hält die Zeit für gekommen, durch neue Ideen und neue Initiativen den verhängnisvollen Wettlauf zum Abgrund hin zu stoppen. Hier befindet er sich in Übereinstimmung mit den Ideen des amerikanischen Russlandexperten George Kennan.

Eine zentrale Position im politischen Denken Bevans nimmt die Regelung der Deutschland-Frage als eine der Voraussetzungen für die Schaffung eines dauerhaften Friedens ein. Ein wiedervereinigtes Deutschland ist aber nur zu erringen, wenn sowohl die Sowjetunion als auch die Westmächte darauf verzichten, dieses wiedervereinigte Deutschland in einem der bestehenden Militärblöcke einzureihen. Bevan gehörte mit zu den ersten bedeutsamen Politikern des Westens, die ein offenes Ohr für die Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie besass und dafür im Laufe der Zeit immer stärker eintraten. In vielen Artikeln und vielen Reden hat Bevan die Westmächte geradezu beschworen, ihre unhaltbar gewordene Haltung in der Deutschlandfrage aufzugeben, wenn sie nicht wollen, dass ein gespaltenes Deutschland als dauernder Krisenherd die Welt in Unruhe hält und sie in die Nähe eines dritten Weltkrieges bringt.

Der britische Gast darf eines aufmerksamen Publikums gewisse sein; viele von den deutschen Zuhörern begrüssen ihn als den Mann, der mithilft, die Taurus unserer Zeit zu zerstören und den von Kriegsfurcht gepönbigten Völkern neue Hoffnung zu geben.

"NATO-Region - Nord"

Ku - Kiel

Der dänische Ministerpräsident und Außenminister Hansen hat in Kopenhagen mit aller Deutlichkeit erklärt, dass auf dänischem Gebiet keine Raketenbasen errichtet und keine Atomwaffen gelagert werden sollen. Diese Erklärung wurde an dem gleichen Tage abgegeben, als der Sozialdemokrat Hansen mit dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Ollenhauer zusammentraf. Beide Politiker haben erklärt, dass ihre Besprechungen nicht den Zweck hatten, ihre Haltung zur Lagerung von Atombomben und Raketenwaffen in den beiden Ländern aufeinander abzustimmen. Trotzdem ist das, was während der Tage des Ollenhauer-Besuches in Kopenhagen, in Skandinavien und im Ostseeraum auf militärpolitischem Gebiet bekannt wurde, äusserst interessant.

Auch Norwegen hat durch den Mund des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Lange wissen lassen, dass es weder Raketenbasen noch Atomwaffen auf seinem Territorium beherbergen möchte. Damit ist klar gestellt, dass die NATO-Region Nord unter dem britischen General Sudgen in Dänemark und Norwegen diese Waffen nicht besitzen wird. Es ist allerdings offen, ob nun nicht in Schleswig-Holstein, das als einziges Bundesland ja auch noch zur NATO-Region Nord gehört, etwa an der Ostsee zwischen Kiel und Flensburg Raketenbasen errichtet werden sollen. Diese Ausweichmöglichkeit ist jedenfalls gegeben, solange die Bundesregierung nicht detailliert erklärt, dass auch sie eine derartige Aufrüstung im Norden nicht wünscht. Jedenfalls ist bekannt, dass die hohen Militärs in der NATO-Region Nord auf eine derartige Bewaffnung mit Richtung auf die dänischen Ostseeausgänge drängen.

Eine andere Situation entwickelt sich allerdings hinsichtlich der sogenannten konventionellen Bewaffnung in der NATO-Region Nord. Hier haben dänische Marinefachleute in Washington um die Lieferung von Zerstörern, Unterseebooten und Korvetten nachgesucht, nachdem der dänische Flottenchef Nyholm erklärt hat, dass Dänemark die Beltausgänge allein nicht verteidigen kann und auch nicht in der Lage ist, aus eigener Finanzkraft moderne Zerstörer zu bauen, die je 48 bis 60 Millionen DM kosten würden. Dänemark ist hier inzwischen durchaus bereit, besonders mit der Bundesmarine zusammenzuarbeiten, wenn dies im Rahmen eines eigenständigen NATO-Kommandos geschieht, das jetzt als Beltkommando unter dem britischen Admiral Sir Campbell Walter in Kiel vorbereitet wird. Dem Beltkommando sollen einmal Marine- und Heeresseinheiten von sechs NATO-Staaten (Dänemark, Norwegen, Bundesrepublik, England, auch die USA und Frankreich) unterstellt werden. Dänemark hat sich auch bereit erklärt, in Jütland deutsche Depots aufzunehmen.

Ob ein solches Zusammengehen in der NATO-Region Nord bei den konventionellen Waffen auch auf Norwegen ausgedehnt werden kann, ist eine andere Frage. Die Pläne gehen schon vor, dass Südnorwegen dem Beltkommando hinsichtlich der Flottenbasen unterstellt wird, damit die gesamte norwegische Flotte Aufgaben im Nordnorwegen und im Eismeer erhalten kann. Das würde bedeuten, dass in Südnorwegen auch deutsche Marineeinheiten stationiert werden müssten, eine Angelegenheit, die vermutlich bei der Bevölkerung auf scharfen Widerstand stossen würde.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel